



Zu der auf **Donnerstag**, den **11.11.2021**, um 19:00 Uhr, im großen Saal des Bürgerhauses anberaumten **Sitzung** des **Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung)** waren erschienen:

VOM HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS (WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG):

CDU:	Ergler, Volker	Ausschussmitglied
	Frank, Elvira	Stellv. Ausschussmitglied
	Haas, Michael	Ausschussmitglied
	Haas, Sigrid	2. Stellv. Vorsitzende
SPD:	Dr. Ritterbusch, Jörn	Vorsitzender
	Hanf, Alicia	Ausschussmitglied
	Kosbau, Michael	Ausschussmitglied
UBV:	Heilmann, Florian	Ausschussmitglied
Grüne:	Klauder, Thomas	Ausschussmitglied
	Pfenning, Astrid	1. Stellv. Vorsitzende
FDP:	Gieding, Tobias	stellv. Ausschussmitglied

VON DER Stadtverordnetenversammlung:

Kempf, Ralf

VOM MAGISTRAT:

Baaß, Matthias Bürgermeister

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael Haupt- und Rechtsamt
Haas, Philipp Haupt- und Rechtsamt
Rohrbacher, Stefanie Kämmereiamt
Haas, Rudolf Amt für Soziales und Standesamt

ALS SCHRIFTFÜHRERIN:

Reiners, Simone Schriftführerin

VON DER PRESSE:

Viernheimer Tageblatt
Südhessen Morgen

ZUHÖRER:

0

Ausschussvorsitzender Dr. Jörn Ritterbusch eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.



TAGESORDNUNG:

1. Finanzbericht zum 30.09.2021
2. Alternativvorschlag zur Sanierung Rathaus,
hier: Informationsvorlage des Bürgermeisters
3. Kindertagesstätte Kapellenberg; Erweiterung
4. Anpassung der Betriebsverträge für die vier katholischen Kindertagesstätten
5. Einführung der elektronischen Akte (eAkte)
6. Interkommunales Vergabezentrum Viernheim - Ried
7. Verschiedenes
8. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen



1. Finanzbericht zum 30.09.2021

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 27.10.2021

Ausschussvorsitzender Dr. Ritterbusch verwies auf o.a. Vorlage.

Stadtverordneter Ergler fragte nach dem erhaltenen Corona-Ausgleich von 5 Mio. €. Da der tatsächliche Ausfall der Gewerbesteuer nur 1 Mio. € betragen habe, müsse man diesen „Zufluss“ doch irgendwo sehen. Zudem fragte er nach den Gewinnen aus den Verkäufen der Grundstücke im Bannholzgraben II.

Kämmereiamtsleiterin Rohrbacher antwortete, dass man dies im Überschuss des Jahresabschluss 2020 sehen könne. Die Verkäufe aus dem Bannholzgraben sind im Finanzhaushalt 2021 zu sehen. Nach der Erschließung und der Ablöse von Krediten, werde man dann im nächsten Jahr sehen, wie hoch der Überschuss werde. Man rechne mit ca. 4 – 5 Mio. €.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Auszug: Kämmereiamt

2. Alternativvorschlag zur Sanierung Rathaus, hier: Informationsvorlage des Bürgermeisters

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 05.10.2021

Bürgermeister Baaß erklärte, er habe in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Juni den Wunsch verspürt über Alternativen zur Rathaussanierung nachzudenken. Deswegen habe er über den Sommer, gemeinsam mit dem Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt, dem Hauptamt, den Stadtwerken und der Kämmerei, den in der Vorlage beschriebenen alternativen Vorschlag entwickelt. Dabei handele es sich um eine flexible Lösung, in der die Innensituation mit aufgegriffen sei.

Stadtverordneter Ergler fragte nach einem Zeitplan zur Umsetzung. Des Weiteren erkundigte er sich nach dem Gebäude in dem derzeit die Commerzbank-Filiale ist. Es fehle an Barrierefreiheit.

Bürgermeister Baaß bestätigte, dass man mit dem Eigentümer im Gespräch sei, allerdings nicht soweit, dass man genauere Auskünfte erteilen könne. Die Barrierefreiheit habe man im Blick. Vor einer möglichen Anmietung werde man aber natürlich auf die Gremien zugehen. Man habe bereits eine Summe in den Haushalt 2022 eingestellt, damit man handlungsfähig sei.

Auf Nachfrage der **Stadtverordneten Haas** bzgl. der Nutzung des Rathausgebäudes nach dem Auszug der Stadtverwaltung, erläuterte **Bürgermeister Baaß**, dass es unterschiedlichste Ideen gebe. Man müsse sich aber im ersten Schritt überhaupt für den Neubau entscheiden, damit diese weiteren Planungen angegangen werden könnten. Dies solle dann aber selbstverständlich unter Bürgerbeteiligung in einem Stadtentwicklungsverfahren eruiert werden.

Stadtverordneter Ergler fragte, wo der Unterschied liege, wenn die Stadtwerke Viernheim GmbH anstatt der Stadt selbst, das neue Gebäude bauen.

Bürgermeister Baaß antwortete, dass für die GmbH „einfachere“ Ausschreibungsvorschriften gelten, als für die Stadt.

Stadtverordneter Ergler erwiderte, dass die Stadt trotzdem die Risiken tragen werde, da die Stadtwerke GmbH eine Tochter der Stadt sei. Zudem regte er eine Vergabe des derzeitigen Grundstücks in Erbpacht an. Er wolle alle Möglichkeiten geprüft haben (pro/contra), bevor diese Jahrhundertentscheidung getroffen werde.

Bürgermeister Baaß stellte klar, dass diese Vorlage kein Auftrag der Stadtverordnetenversammlung gewesen sei. Er habe den Eindruck aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Juni aufgegriffen und gehandelt. Wenn die Stadtverordnetenversammlung weitere Alternativen geprüft haben möchte, müsse sie dies in Auftrag geben.

Auszug: Bürgermeister, BVLA, Kämmerei, Hauptamt, Stadtwerke

3. Kindertagesstätte Kapellenberg; Erweiterung

Bezug: Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamts vom 12.10.2021

Der Ausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Auszug: dto.

4. Anpassung der Betriebsverträge für die vier katholischen Kindertagesstätten

Bezug: Vorlage des Amtes für Soziales und Standesamt 27.10.2021

Ausschussvorsitzender Dr. Ritterbusch verwies auf o.a. Vorlage und übergab der Verwaltung das Wort.

Bürgermeister Baaß verwies auf die Vorlage aus dem Februar. Das Bistum wolle an den Förderungen von Land und Bund beteiligt werden. Ein weiterer Grund sei die Zusammenlegung der Pfarreien gewesen.

Auf Nachfrage des **Stadtverordneten Heilmann**, erläuterte der **Amtsleiter für das Sozial- und Standesamt Haas**, dass die Kirche selbst noch ca. 300.000 € aufwenden müsse.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der katholischen Kirche nach dem vorliegenden Mustervertrag angepasste Betriebsverträge für die Kindertagesstätten Johannes XXIII., Maria Ward, St. Hildegard und St. Michael abzuschließen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASS, BVLA

5. Einführung der elektronischen Akte (eAkte)

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 22.09.2021

Bürgermeister Baaß erklärte, dass das Ziel verfolgt werde, dass alle Mitarbeitenden bis 2025 mobil Arbeiten können. Ein entscheidendes Element hierfür sei die eAkte. Der Magistrat habe dem ausgewählten Anbieter (ekom21) den Auftrag erteilt. Da viele Fachverfahren bereits von der ekom21 genutzt werden, können diese gut eingebunden werden.

Auf Nachfrage der **Stadtverordneten S. Haas, Ergler und Dr. Ritterbusch**, führte der **stellv. Hauptamtsleiter Philipp Haas** aus, dass man derzeit an den Vorarbeiten, wie einem Aktenplan, arbeite. Als Pilotämter wurden die Kämmerei und das Hauptamt ausgewählt, da dort bereits viele Verfahren der ekom21 genutzt werden. Man werde dann Schritt für Schritt die Abstimmung mit jedem einzelnen Amt angehen. Bis 2025 wolle man dies im ganzen Rathaus umgesetzt haben. Probleme sehe man noch bei der rechtssicheren Archivierung, da unterschiedlichste Fristen zu beachten seien. Auch diese müsse jeweils mit dem Fachamt abgeklärt werden. Teilweise könnten kleinere Aktenmengen von den Mitarbeitenden selbst eingescannt werden, bei größeren Mengen werde man aber auf einen Dienstleister zurückgreifen müssen.

Stadtverordnete Hanf fragte nach dem Schulungsbedarf für die Mitarbeitenden. **Stellv. Amtsleiter Haas** sagte, dass dies für alle Mitarbeitenden geplant sei.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Auszug: Haupt- und Rechtsamt

6. Interkommunales Vergabezentrum Viernheim - Ried

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 20.10.2021

Bürgermeister Baaß erklärte, dass man zahlreiche Vergaben habe. Das Vergabeverfahren an sich sei allerdings ein rechtlich äußerst komplexes Fachgebiet. Für die einzelnen Mitarbeitenden sei dies nicht mehr zu überblicken.

Durch den Wechsel des Herrn Geschwind aus der Vergabestelle Lampertheim zum Ordnungsamt Viernheim, sei man auch in Lampertheim in Not geraten. Da mehr als eine für diesen Bereich zuständige Person Sinn ergebe, sei man auf die Idee eines Zusammenschlusses gekommen. Es wurden darüber hinaus auch Biblis, Bürstadt und Groß-Rohrheim angefragt, die sich ebenfalls anschließen möchten.

Nun Bedarf es einem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung. Die Kosten würden auf alle Städte/Gemeinden verteilt. Es gebe einen Grundstock, den alle zahlen müssten, danach dann einen Anteil je nach Anzahl der Vergaben. Das Land fördere das Projekt mit ca. 60.- 70.000 €. Geplant sei diese Stelle in Viernheim anzusiedeln. Durch den Ruhestand des langjährigen Haupt- und Rechtsamtsleiters, sei eine Umstrukturierung vorgesehen, in diese die Vergabestelle gut passe.

Stadtverordnete Pfenning fragte nach der Anzahl der benötigten Stellen. **Bürgermeister Baaß** antwortete, dass man bei einer Einwohnerzahl von ca. 100.000, mit 2 bis 2,5 Stellen rechnen müsse.

Stadtverordnete Hanf fragte nach dem Zeitplan zur Umsetzung. **Bürgermeister Baaß** antwortete, dass man hoffe im Laufe des Jahres 2022 die Planungen in die Tat umsetzen zu können.

Beschluss:

1. Im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Viernheim, Lampertheim, Bürstadt und der Gemeinden Biblis und Groß-Rohrheim wird ein Interkommunales Vergabezentrum Viernheim - Ried aufgebaut, welches bei der Stadt Viernheim eingerichtet werden soll.
2. Die kooperierenden Verwaltungen werden beauftragt, eine gemeinsame Konzeption zu erarbeiten, welche Zielsetzung, Organisationsstruktur, Finanzierung und Zeitplan beinhaltet und auf deren Grundlage eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben des Auftrags- und Vergabewesens im Rahmen der Interkommunalen Zu-

sammenarbeit mit den beteiligten Städten und Gemeinden erarbeitet wird. Konzeption und öffentlich-rechtliche Vereinbarung sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Anhand der gefassten Beschlüsse sind Fördermittel aus dem Förderprogramm „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit“ des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zu beantragen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: Bürgermeister, Haupt- und Rechtsamt - Abt. Organisation

7. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

ENDE DER SITZUNG: 20:15 Uhr

◆ : ◆ : ◆ : ◆ : ◆

DER VORSITZENDE:

gez.: Dr. R i t t e r b u s c h

Dr. Jörn Ritterbusch

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

gez.: R e i n e r s

Simone Reiners

F.d.R.d.A.

Inspektorin